Nr. 144 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 9. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 29, 19 6 36, 13 8 97, 17 1 69. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2063. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 31 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preiserhöhung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Das Reichskabinett ist zurückgetreten

+ Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett ist heute mittag 11 Uhr zusammengetreten und hat seine Demission beschlossen. Die Demission ist vom Reichspräsident angenommen worden.

*

+ Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Bereits 36 Stunden nach Schluß der Wahlhandlung läßt sich aus der Umschichtung der Wählermassen mit einiger Klarheit erkennen, wohin die Reise geht. Das hervorstechende Merkmal der Wahlen ist die Erstarkung der extremen Gruppen, wie sie von guten Kennern der Volksstimmung seit einigen Tagen vorausgesagt wurde. Wenn auch bis jetzt noch keine endgültigen Ergebnisse vorliegen — es sind bis jetzt nur 329 Teilergebnisse aus allen Wahlkreisen bekannt, so werden die endgültigen Zahlen unter Einschluß der Mandate aus den Reichswahllisten an dem vorliegenden Bild proportional kaum etwas ändern. Auf der einen Seite haben die Rechtsparteien ein erhebliches Anwachsen der Stimmenzahl und der Mandate zu verzeichnen, das durch den Gewinn der Unabhängigen zahlenmäßig nicht ausgeglichen wird. Der Regierungsblock wird danach nicht mehr über eine aktionsfähige Mehrheit verfügen. Das ist der Grund des Rücktritts für das Kabinett, dessen Neubildung der Präsident sofort nach Feststellung der Mandatsstärke in Angriff zu nehmen hat. Der Präsident wird das Kabinett unter Vorbehalt der Entscheidung provisorisch mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragen.

Wie die künftige Regierung beschaffen sein wird, läßt sich zur Stunde auch nicht einigermaßen so eindeutig bestimmen, wie es mit der Feststellung der rein ziffernmäßigen Mehrheitsverhältnisse und des Parteibildes der Fall ist. Es sind da die verschiedensten Kombinationen möglich, jedoch keine einzige verschafft die Gewißheit, daß sich eine Regierung aus den siegreichen Parteien bilden wird, wenn diese nicht ihr Aktionsprogramm den jeweiligen Verhältnissen anpassen, die sich aus einer bestimmten Parteigruppierung für die Kabinettsbildung theoretisch ergeben. Ohne eine Berücksichtigung der siegreichen Parteien können die Regierungsgeschäfte verfassungsmäßig und mit Erfolg auf die Dauer nicht durchgeführt werden, wenn man nicht schon von vornherein Zustände schaffen will, die die schwersten Verwicklungen nach außen und mehr noch nach innen herbeiführen. Die demokratische Partei ist dank einer skrupellos geführten Hetze so sehr geschwächt worden, daß sie, wenn sie überhaupt zur Teilnahme an der Regierungsbildung eingeladen wird, nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das erscheint wegen der Ausschaltung der ausgleichenden Tendenzen der „Mitte" und zu einer Zeit, wo die politische Atmosphäre noch schwüler geworden ist, als vor dem 6. Juni, sehr bedrohlich. Das deutsche Volk, das sich zu den Extremen bekannt hat — ob das von politischer Reife zeugt, soll dahingestellt bleiben — hat sich mit seiner Entscheidung vor Aufgaben gestellt, die so verwickelt sind, daß es das Fehlen einer Partei der Versöhnung und der Neutralität in Klassen- und Kulturfragen bitter genug empfinden wird.

Dann noch einige Fragen. Was wird in Spa werden, wenn irgendwelche extreme Parteien auf die Verhandlungen einwirken? Wie wird sich die Gewerkschaftspolitik entwickeln, wenn die Unabhängigen ihren verstärkten Einfluß in der Richtung und Art Ledebours geltend machen, wenn die Demokraten in die Opposition gehen? In der Opposition zu sein, ist ja für eine Partei immer das dankbarere Geschäft. Positive Leistungen verlangen Opfer und Opfermut. Nun wird es sich zeigen, wer sich dazu bereit hält.

*

Welche Regierung wird kommen?

Die Wahlschlacht ist geschlagen. Das große Rätsel, das im Grunde gar keines war, die Frage, wie ist das Volk mit seiner Regierung zufrieden, ist gelöst. Das Volk hat gegen die Regierungsparteien gestimmt und damit bekundet, daß es anderes oder mehr von ihnen erwartet hat. Nun ist nicht mehr die Frage, ob diese Forderung nach anderen Leistungen gerechtfertigt war, ob sie nicht überhaupt eine Unmöglichkeit darstellte, sondern nun handelt es sich darum, dem Willen des Volkes, wie er sich durch die Abstimmung kund tat, möglichst gerecht zu werden. Hier zeigen sich aber ganz bedeutende Schwierigkeiten, über deren Beseitigung heute ein neuer Kampf der Meinungen entbrannt ist. Denn wenn auch die breite Masse durch die Abstimmung ihre Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien dokumentiert hat, hat sie dies doch nicht mit einer solchen Entschiedenheit getan, daß man nun sagen könnte: Der Weg der alten Koalition war falsch, in dieser neuen, durch die Abstimmung festgelegten Richtung liegt die Zukunft! Eine neue Richtung wurde durch die Wahlen nicht angegeben, weder die Rechte noch die Linke hat so einen entscheidenden Sieg davongetragen, daß ihr die Führung zufallen müßte. Der Mitte, die bisher die Regierung gebildet hat, ist geschrumpft, aber nicht so geschwächt, daß sie bei der neuen Regierungsbildung umgangen werden kann, und die Opposition wieder ist gestärkt, aber nicht stark genug. Sieht man die folgenden, zwar noch nicht endgültigen, aber doch wohl für die Parteiverhältnisse schon bezeichnenden Mandatsziffern an, so begreift man die Schwierigkeiten, die bei einer Regierungsbildung auf Grund dieser Wahlen zu überwinden sind:

+ Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach den bis heute mittag hier vorliegenden Meldungen aus dem Reiche wurden bisher 23 686 961 Stimmen gezählt. Davon entfallen auf die

Deutschnationalen	2 652 087	Stimmen
Deutsche Volkspartei	3 373 221	„
Zentrumspartei	3 487 496	„
Christliche Volkspartei	73 359	„
Bayrische Volkspartei	312 817	„
Demokratische Partei	2 131 668	„
Sozialdemokratische Partei	4 916 033	„
Unabhängige Soz. Partei	4 498 700	„
Kommunistische Partei	464 149	„
Weiter erhielten		
Welfen	150 618	Stimmen
Thüringischer Landbund	189 665	„
Württembergischer Landbund	100 623	„
Württembergischer Bauernbund	195 825	„
Wirtschaftliche Vereinigung	42 862	„

Der Rest der Stimmen war zersplittert. Diese Zahlen bedeuten, daß die Parteien in den neuen Reichstag in folgender Stärke einziehen werden:

Deutschnationale	44	Abgeordnete
Deutsche Volkspartei	56	„
Zentrumspartei	58	„
Christliche Volkspartei	1	„
Bayrische Volkspartei	5	„
Demokratische Partei	35	„
Sozialdemokratische Partei	82	„
Unabhängige Soz. Partei	74	„
Kommunistische Partei	6	„
zusammen	361	Abgeordnete

zu denen aus den Abstimmungsgebieten noch hinzutreten 3 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteiler, 9 Zentrumsleute, 8 Demokraten und 17 Sozialisten, so daß sich folgende Verteilung ergibt:

Deutschnationale	47
Deutsche Volkspartei	59
Zentrum	67
Christliche Volkspartei	1
Bayrische Volkspartei	5
Demokraten	43
Sozialdemokraten	99
Unabhängige	74
Kommunisten	6
zusammen:	401

Dazu treten noch 2 oder 3 Welfen, 3 Abgeordnete der Württembergischen Bauernpartei, 3 Abgeordnete des Thüringischen Landbundes, 1 Abgeordneter der Bayrischen Mittelpartei und möglicherweise 1 Abgeordneter der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Durch alle Veränderungen, die noch eintreten können, wird dieses Bild nicht so wesentlich umgewandelt werden, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten rasch behoben werden. Es bleibt eine Sache der diplomatischen Geschicklichkeit der Parteiführer und der notwendigen Schmiegsamkeit der Fraktionen, aus den ungeklärten Verhältnissen

zu einer neuen Regierungskoalition

zu gelangen. Daß Bemühungen in dieser Richtung gemacht werden, beweisen die folgenden Meldungen, denen wir gleich vorausschicken wollen, daß sie zum großen Teil auf Kombination beruhen und mehr zwischen den Zeilen lesen lassen, als der Text oft angibt:

B. Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Gesamtvorstände der Reichstagsparteien treten voraussichtlich Ende dieser Woche in Berlin zusammen. Als erste Partei wird die mehrheitssozialistische am Freitag eine Parteisitzung im Reichstagsgebäude abhalten. In den Kreisen der Mehrheitssozialisten besteht Neigung, die ihr durch die Wahlergebnisse zukommende Stellung als stärkste Reichstagspartei bei der Neubildung der Regierung unbedingt zu vertreten. Das würde also die Aufrechterhaltung, bzw. die Fortsetzung einer Koalitionsregierung unter mehrheitssozialistischer Führung bedeuten.

B. Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Berl. Korresp.-Gesellschaft" meldet: Von führenden unabhängigen Parteimitgliedern wird uns mitgeteilt, daß den Unabhängigen bereits vor acht Tagen ein neuer Antrag der Mehrheitssozialisten zugegangen war, nach den Reichstagswahlen in die Regierung einzutreten. Reichspräsident Ebert hatte sich persönlich für das Zustandekommen dieser neuen Koalition bemüht. Die Bemühungen sind aber an dem einstimmig gefaßten Beschluß der Unabhängigen Partei gescheitert, weder jetzt noch später eine Regierung mit den Mehrheitssozialisten zu bilden.

+ Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Bisher hat eine Fühlungnahme der Parteien untereinander zwecks Besprechung der notwendigen Regierungsbildung noch nicht stattgefunden und die einzelnen Parteien vermeiden es, sich nach irgendeiner Richtung hin festzulegen. In rechts stehenden Kreisen wird ein Block mäßigen Zusammenhaltens der Rechtsparteien politisch wie taktisch erwartet. Zentrumskreise betonen, daß das Zentrum voraussichtlich mit unvermindertem Mandatsbestand, aber mit einer starken innerlichen Verschiebung nach rechts in den Reichstag eintreten wird. Die Linke forderte die vollständige Ausschaltung der Rechtsparteien nach wie vor, doch vermeiden die Unabhängigen eine unbedingte Absage nach rechts, aber ebenso auch eine entgegenkommende Erklärung an die bisherigen Mehrheitssozialisten. Stark unterstrichen wird von den Unabhängigen die vollständige Niederlage der Kommunisten, die trotz einer mit den größten Mitteln betriebenen Agitation fast überall eingetreten sei. Die Unabhängigen fühlen sich nach ihren Wahlerfolgen freier gegen die deutschen wie gegen die russischen Kommunisten und betonen, daß ein bolschewistisches Mandat an die Unabhängigen in den Fragen der Moskauer Internationale nicht angenommen werden würde.

Man sieht nichts als

Vermutungen und vage Voraussagen

Solange das Endresultat nicht vorliegt, werden die Fraktionen keine Entscheidung treffen. Wohl werden sie Fühler ausstrecken nach den Nachbarn, mit denen ihnen das Zusammenarbeiten möglich scheint, aber Beschlüsse können augenblicklich noch nicht erwartet werden. Zur Orientierung über die Stimmung im allgemeinen, nicht weil wir eine der geäußerten Ansichten für die richtige halten, führen wir einige Urteile an. Das Regierungsblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", meint, es deute manches darauf hin, daß die alte Koalition auch mit schwacher Mehrheit sich werde entschließen müssen, die Geschäfte einstweilen zu übernehmen. Diese Art der Lösung wäre naturgemäß nur eine vorläufige, aber sie böte gegenüber Gebildern extremer Regierungsbildungen immerhin die Möglichkeit einer notwendigen, gerade außenpolitisch sehr wichtigen Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik. Sie würde auch zweifellos zur Festigung der Gesamtlage beitragen. Wenn die schweren Monate Juni und Juli überstanden und die Konferenz von Spa erledigt seien, so könnten Neuwahlen nötig werden, die ein weniger zwiespältiges Bild des Volkswillens geben und damit die einheitliche politische Entwicklungslinie mehr gewährleisten würden, als das bei den heutigen der Fall ist.

Dem „Lok.-Anz." zufolge werden am Mittwoch vormittag die führenden Männer der Deutschnationalen zu einer Besprechung sich zusammenfinden zwecks Austausches der Meinungen über die fernere Gestaltung der inneren Lage auf Grund der Ergebnisse der Wahlen. Man meint, daß sich unter Umständen eine Konstellation ergeben könnte, die ein sofortiges Handeln der Parteien notwendig erscheinen ließe. Ueber die Wahlergebnisse der Deutschnationalen und die Auffassung der dadurch geschaffenen politischen Lage äußerte sich eine leitende Persönlichkeit der deutschnationalen Partei zu einem Mitarbeiter desselben Blattes u. a. wie folgt: „Wir hoffen auf etwa 68 bis 70 Sitze. Beide Rechtsparteien dürften zusammen vielleicht 120 Mandate erringen. Hinsichtlich der bevorstehenden Neubildung der Regierung wäre bei der augenblicklichen Parteigruppierung ein unpolitisches Fachministerium das Gegebene. Es wird sich zeigen, ob Herr Ebert jetzt Entscheidungen in dieser Richtung wagen kann. Wir sind für eine Politik der Aussöhnung. Bei der künftigen Regierungsbildung wäre es jedoch immerhin möglich, daß die Linksradikalen auf Grund ihrer Reichstagsmandate Ansprüche stellen könnten, die mit dem Mehrheitswillen nicht im Einklang stehen. In diesem Falle könnte dann die Deutschnationale Partei vor wichtige Entscheidungen gestellt werden.

Der „Vorwärts" lehnt das vermeintliche Verlangen der Deutschen Volkspartei, die Regierungskoalition bestehen zu lassen und sie mit einzubeziehen, ab unter dem Hinweis darauf, daß dem in Erscheinung getretenen Zug nach rechts ja auch ein gleich starker Zug nach links entspricht. Weiter fragt das sozialdemokratische Blatt: Warum soll nach demokratischen Grundsätzen bei der Bildung der Regierung nur der Zunahme der Rechtsparteien, nicht auch der Unabhängigen Rechnung getragen werden? An anderer Stelle erwartet dann das sozialistische Parteiorgan, daß die Unabhängigen sich in eindeutiger und verbindlicher Weise zu den Wahlen und zum Teil auch zu ihren daraus entstandenen Erfolgen äußern. So, wie bisher, heißt es schließlich, gehe es auf keinen Fall weiter, daß die Sozialdemokratie die notwendige grobe Arbeit für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung leiste und dafür die Prügel einstecke.

Offenbar hat das Wahlergebnis die Mehrheitssozialisten verstimmt, weil sie das Schicksal der Regierungsparteien, der Konkursverwalter des riesigen Zusammenbruchs, teilen, vielmehr vornehmlich tragen mußten. Es ist begreiflich, daß sie den Wunsch hegen, nicht allein die Kastanien aus dem Feuer zugunsten der Unabhängigen zu holen, daß sie wünschen, diese möchten auch an der undankbaren Arbeit teilnehmen. Die Unabhängigen aber scheuen vor dem Versuch, ihre Versprechungen in die Tat umsetzen, zurück, weil sie wissen, daß dies unmöglich ist, und daß über sie dann ein viel schärferes Urteil gefällt werden würde, als über die jetzige Regierungskoalition.

Mehr Mut würde wohl dazu gehören, das Kreuz der Regierung auf sich zu nehmen, als auch weiterhin in der Opposition zu verharren. Ob dem deutschen Volk aber damit gedient wäre, wenn es durch die Praxis zu der Ueberzeugung gelangen müßte, daß auch die Unabhängigen vielmehr versprochen haben, als sie halten können, ist eigentlich keine Frage. Wir haben das Experimentieren satt und ruhiges Arbeiten vonnöten. Darum scheint uns das Ergebnis der Wahlen darauf hinzudeuten, daß die bisher vorhandene Koalition der Parteien der Mitte unter Innehaltung der bisher verfolgten Grundzüge der Politik nach innen und außen zweckmäßig ausgebaut werden müßte. Ob dies möglich ist und wie dies möglich ist, muß Sache der Parteifraktionen bleiben.

*

Das Echo des Auslandes

Aus Frankreich

Genf, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Humanité" sieht in dem ungünstigen Wahlausgang für die Sozialisten in Deutschland die Folgen der Handhabung des Friedensvertrages durch die Alliierten. Das Blatt schreibt, es sehe die kommende Umwandlung Deutschlands aus einem sozialistischen in einen militärisch-reaktionären Staat voraus, ohne daß man die Entwicklung aufhalten könne. Die Niederlage des deutschen Sozialismus werde aber hoffentlich nur eine vorübergehende sein. Im übrigen würde diese Niederlage von den französischen Sozialisten mit Bedauern aufgenommen werden.

Genf, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der erste Havasbericht über den voraussichtlichen Ausfall der deutschen Reichstagswahlen ist schon am Montag früh erschienen. Der aus Berlin datierte Bericht spricht von einem Zusammenbruch der bisherigen Regierungskoalition und zählt die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gemeinsam unter dem Sammelnamen „monarchistische Parteien" auf. — „Echo de Paris" meldet aus Berlin: Man hat mit der Wiederkehr einer bürgerlich-nationalen Regierung zu rechnen. Es wird aber versichert, daß auch eine bürgerlich-nationale Regierungskoalition sich unbedingt auf den Boden des Versailler Vertrages stelle.

+ Paris, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Morgenblätter beschäftigen sich sehr eingehend mit der deutschen Reichstagswahlen. Sie halten aber in der Mehrzahl noch mit ihren Urteilen zurück. Von den rechtsstehenden französischen Blättern zieht „Homme libre", das Blatt Clemenceaus, den Schluß, daß die neue Regierung, wie sie auch sein möge, noch weniger als die alte in der Lage sein werde, sich den Forderungen des Friedensvertrages von Versailles zu fügen.

Aus England

Kg. Rotterdam, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden, daß das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen in England nicht überrascht habe. Die innerdeutschen Verhältnisse waren hier seit langem bekannt. Das Fiasko der bisherigen deutschen Regierungspolitik wäre ein noch größeres gewesen, hätten die Alliierten die Konferenz in Spa vor den Wahlen stattfinden lassen, denn der nächste Weg für Deutschland geht über die neuen Bedingungen nach Sicherheiten für die Ansprüche der Alliierten.

*

Das endgültige Ergebnis:

B. Berlin, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Das endgültige Wahlresultat wird nach zuverlässigen Informationen aus amtlicher Quelle heute, am 8. Juni, spät abends vorliegen.**

*

Das Endergebnis in Sachsen:

Die jetzt vorliegenden Gesamtergebnisse aus den drei sächsischen Reichstagswahlkreisen gestatten bereits eine einigermaßen zutreffende Berechnung des Wahlergebnisses, die etliche Abweichungen von der gestern von uns veröffentlichten vorläufigen Schätzung ergibt. Freilich kann sich auch das jetzige, nach den amtlichen Meldungen der Bezirke zusammengestellte vorläufige Endergebnis bei der endgültigen amtlichen Feststellung noch hier und da ändern, doch kann es sich dabei nur um unbedeutende Rechenfehler handeln, die das Resultat sicherlich nicht irgendwie entscheidend beeinflussen. In den folgenden Uebersichten sind die mit runden Klammern ( ) versehenen Zahlen die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, Gewinn oder Verlust der Parteien sind mit + oder — in eckigen Klammern [ ] beigefügt.

31. Wahlkreis (Dresden-Bautzen)

	Stimmen			Mandate	
Dntl.	128 861	(120 283)	[+ 8 578]	= 2	(2)
D. Vp.	150 729	(97 157)	[+ 62 572]	= 2	(2)
Chr. Vp.	13 869	(16 477)	[— 2 608]	= —	(—)
Dem.	88 598	(167 898)	[— 79 300]	= 1	(2)
Soz.	222 498	(465 069)	[— 242 571]	= 3	(7)
U. Soz.	165 813	(46 970)	[+ 118 843]	= 2	(—)
Komm.	8 739	(—)	[+ 8 739]	= —	(—)
Land. Bd.	5 022	(—)	[+ 5 022]	= —	(—)

32. Wahlkreis (Leipzig)

	Stimmen			Mandate	
Dntl.	107 060	(72 055)	[+ 35 005]	= 1	(1)
D. Vp.	182 749	(—)	[+ 182 749]	= 2	(—)
Chr. Vp.	2 554	(3 199)	[— 645]	= —	(—)
Dem.	53 703	(177 447)	[— 123 744]	= —	(2)
Soz.	57 613	(128 094)	[— 70 481]	= —	(2)
U. Soz.	267 609	(238 858)	[+ 28 751]	= 4	(3)
Komm.	12 880	(—)	[+ 12 880]	= —	(—)
Tschsoz.	2 074	(—)	[+ 2 074]	= —	(—)

33. Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau)

	Stimmen			Mandate	
Dntl.	155 619	(117 074)	[+ 38 545]	= 2	(1)
D. Vp.	143 616	(—)	[+ 143 616]	= 2	(—)
Chr. Vp.	2 384	(3 627)	[— 1 243]	= —	(—)
Dem.	75 549	(188 875)	[— 113 326]	= 1	(3)
Soz.	282 957	(518 965)	[— 235 908]	= 4	(8)
U. Soz.	152 975	(56 068)	[+ 96 907]	= 2	(—)
Komm.	82 018	(—)	[+ 82 018]	= 1	(—)
Tschsoz.	1 201	(—)	[+ 1 201]	= —	(—)

Die Abgeordneten:

Als gewählt sind demnach die folgenden Kandidaten zu betrachten:

31. Wahlkreis

Dntl.: Reichert-Berlin, Domsch-Großhennersdorf.
D. Vp.: Heinze-Loschwitz, Sorge-Nikolaiteile.
Dem.: Külz-Zittau.
Soz.: Buck-Dresden, Schmidt-Meißen, Kahmann-Potschappel.
U. Soz.: Fleißner-Briesnitz, Schirmer-Pirna.

32. Wahlkreis

Dntl.: Philipp-Borna.
D. Vp.: v. Lersner-Leipzig, Tuch-Leipzig.
U. Soz.: Geyer-Leipzig, Seger-Leipzig, Lipinski-Bennewitz, Russel-Leipzig.

33. Wahlkreis

Dntl.: Biener-Chemnitz, Barth-Zwickau.
D. Vp.: Brüninghaus-Berlin, Findeisen-Plauen.
Dem.: Brodauf-Chemnitz.
Soz.: Stöckle-Berlin, Meier-Zwickau, Molkenbuhr-Berlin, Frau Schilling-Döbeln.
U. Soz.: Jäckel-Berlin, Kubni-Chemnitz.
Komm.: Heckert-Chemnitz.

Die Vorschläge der Parteien in den drei sächsischen Wahlkreisen waren bekanntlich miteinander verbunden. Die in jedem Wahlkreis auf die einzelnen Listen entfallenden Reststimmen (nach Abzug der für jeden Kandidaten erforderlichen 60 000 Stimmen) werden in den drei Wahlkreisen addiert. Je 60 000 dieser Stimmen ergeben ein weiteres Mandat der betreffenden Partei. Danach erhalten:

Dntl.	bei 91 540	Reststimmen	weiter	1	Mandat
D. Vp.	„ 76 094	„	„	1	„
Dem.	„ 97 890	„	„	1	„
Soz.	„ 143 068	„	„	2	„
U. Soz.	„ 106 397	„	„	1	„

Mit diesen addierten Reststimmen werden nacheinander die jeweils höchsten Stimmreste in den Kreisen ergänzt, möglichst zu einem neuen Mandat (= 60 000 Stimmen) in dem betreffenden Wahlkreis. Danach

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200609/1